



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Manfred Ritzek (CDU)
und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr -

Konkurse kleiner und mittlerer Unternehmen

Vorbemerkung des Fragestellers:

In den Medien wurde berichtet, dass mit 28.000 Unternehmensinsolvenzen in 2000 ein Anstieg von 6% gegenüber 1999 eingetreten ist, trotz eines positiven wirtschaftlichen Wachstums von ca. 3% in 2000. Die führende deutsche Kreditversicherung Hermes beurteilt die Situation bei den Konkursen für die Zukunft als kritisch mit besonderer Gefährdung für kleine und mittlere Unternehmen.

1. Wie haben sich die Firmeninsolvenzen in 2000 gegenüber 1999 in Schleswig-Holstein entwickelt?

Nach Auskunft des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein liegen die Jahresergebnisse für Insolvenzen im Jahr 2000 noch nicht vor. Für den Zeitraum Januar bis November 2000 beträgt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 843. Das entspricht im Vergleich zu den ersten elf Monaten 1999 einer Steigerung von 13,8 Prozent.

Dem steht allerdings eine steigende Zahl von Betriebsgründungen gegenüber. Die amtliche Gewerbeanzeigenstatistik zählt von Januar bis September 2000 knapp 5.400 Betriebsgründungen in Schleswig-Holstein, das sind 1,2 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Nach Hamburg und Hessen erreichte Schleswig-

Holstein mit einer Gründungsquote von 1,93 (Betriebsgründungen je 1.000 Einwohner) den dritten Platz unter den westdeutschen Ländern.

2. Wie viele dieser Insolvenzen betreffen kleine und mittlere Unternehmen?

In der amtlichen statistischen Veröffentlichung der Insolvenzen wird lediglich unterschieden in Unternehmen (ohne Kleingewerbe) bis 100 Beschäftigte und mit mehr als 100 Beschäftigten. Auf diese Kategorien entfielen in den ersten elf Monaten des Jahres 2000 304 beziehungsweise 4 Insolvenzen. Unbekannt war die Beschäftigtengrößenklasse weiterer 502 Unternehmen.

3. Welche Branchen sind von den Insolvenzen vornehmlich betroffen?

Alle nachstehenden Angaben beziehen sich auf den Zeitraum Januar bis November 2000 und auf Unternehmen, einschließlich Kleingewerbe.

Für alle genannten Beschäftigtenzahlen muss die Einschränkung gemacht werden, dass das Merkmal der durch Insolvenzen betroffenen Beschäftigten neu in die statistische Erhebung aufgenommen wurde. Besonders in den ersten Monaten dieses Jahres ergaben sich Mängel bei der Beantwortung. Aus diesem Grunde liegen die gemachten Angaben über die betroffenen Beschäftigten unter den tatsächlichen Betroffenzahlen. In die Beschäftigtenangaben werden Kleingewerbe nicht einbezogen.

Vergleiche beziehen sich in jedem Fall auf den entsprechenden Vorjahreszeitraum.

- Die Zahl der Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe verringerte sich um 16,7 Prozent auf 80 Unternehmen. Diese Fälle betrafen 1.535 Beschäftigte.
- Die Rezession in der Baubranche führte im vergangenen Jahr zu 243 Insolvenzen, 25,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Betroffen waren 1.150 Beschäftigte. Besonderen Anteil hatte daran mit 157 Unternehmensinsolvenzen der Hoch- und Tiefbau (828 Betroffene).
- Im Bereich des Handels, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern kam es insgesamt zu 178 Insolvenzen (plus 1,7 Prozent) mit 506 Arbeitsplätzen. Im erheblichen Umfang betroffen waren dabei der Einzelhandel (ohne den Handel mit Kfz und ohne Tankstellen) und die Unternehmen, die Reparaturen von Gebrauchsgütern durchführen (Unternehmen: 95; plus 4,4 Prozent und 272 betroffene Beschäftigte), sowie der sonstige Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen), der 82 Unternehmensinsolvenzen (plus 13,9 Prozent) mit 241 Arbeitsplätzen zählte.
- Im Gastgewerbe stieg die Zahl der Insolvenzen um 68,2 Prozent auf 74, davon waren 86 Beschäftigte betroffen.
- Für den Bereich des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung wurden 63 Insolvenzen gemeldet, 5,0 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der betroffenen

Arbeitsplätze beläuft sich auf 237.

- Für die Branche des Grundstücks-/Wohnungswesens und Vermietung beweglicher Sachen ergab sich nach einer Zunahme um 33,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr eine Fallzahl von 144, betroffen waren davon 252 beschäftigte Personen.

4. Wie viele Beschäftigte wurden von den Firmeninsolvenzen betroffen?

Von den Unternehmensinsolvenzen insgesamt waren 3.943 Beschäftigte betroffen.

5. Welches sind nach Einschätzung der Landesregierung die entscheidenden Gründe für die Entwicklung der Insolvenzen bzw. für die Insolvenzen überhaupt?

Hinsichtlich der Firmeninsolvenzen haben sich mit der Einführung der Insolvenzordnung zum 1. Januar 1999 wesentliche Änderungen ergeben. Zum einen wurde mit der "drohenden Zahlungsunfähigkeit" neben der "Zahlungsunfähigkeit" und der "Überschuldung" ein dritter Antragsgrund normiert. Zum anderen erleichtert die Insolvenzordnung die Fortführung der Betriebe im Verfahren und auch die übertragende Sanierung und damit eine Fortführung bzw. Teilfortführung der betroffenen Betriebsstätten. Statistische Angaben, ob und inwieweit dieses zu einer Beeinflussung der Insolvenzzahlen beigetragen hat, liegen jedoch nicht vor. Verzerrungseffekte sind jedoch bei dem Vergleich der Insolvenzzahlen 1999/2000 nicht auszuschließen. Sinnvoller erscheint daher grundsätzlich erst wieder ein Vergleich der Jahre 2000/2001.

Bei den in den Medien genannten Zahlen der in Deutschland in 2000 zu erwartenden 28.000 Unternehmensinsolvenzen (= + 5,7 % bundesweit; = + 6,6 % bezogen auf Westdeutschland) handelt es sich um Hochrechnungen. Trotz aller mit Hochrechnungen verbundenen Unsicherheiten ist damit bundesweit und in Schleswig-Holstein in 2000 gegenüber 1999 von steigenden Unternehmensinsolvenzen auszugehen. Dieses entspricht grundsätzlich auch den Zielen der Insolvenzrechtsreform. Durch die Möglichkeit einer "rechtzeitigen" Antragstellung durch den neu eingeführten Antragsgrund der "drohenden Zahlungsunfähigkeit" und durch die Erleichterungen bei der Fortführung des Unternehmens im Verfahren werden größere Chancen für eine Fortführung bzw. Teilfortführung der betroffenen Betriebe erwartet. Ob und in welchem Umfang die Steigerung der Insolvenzzahlen im Jahre 2000 tatsächlich auf diese Sondereffekte zurückzuführen ist, ist statistisch jedoch nicht erfasst.

Als ursächlich für die Entwicklung von Insolvenzen in einer Volkswirtschaft gilt allgemein die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Ursachen für Unternehmenszusammenbrüche in aller Regel zeitverzögert wirken. Dennoch sind branchenspezifische Entwicklungen auch anhand der Insolvenzzahlen in 2000 unverkennbar. So sind die deutlich ansteigenden Insolvenzzahlen in der Baubranche (siehe Antwort zu Frage 3) auf die anhaltende Baurezession

zurückzuführen. Dagegen spiegeln die rückläufigen Insolvenzzahlen der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes durchaus insbesondere die von diesem Bereich getragene stabile Konjunktur wieder.

Ursächlich für eine Unternehmensinsolvenz sind jedoch in erster Linie unternehmens-/unternehmerspezifische Gründe. So ist festzustellen, dass die Insolvenzhäufigkeit gerader junger Unternehmen nach nur einigen Jahren der Unternehmenstätigkeit entsprechend hoch ist. Als Grund wird in erster Linie mangelndes unternehmerisches Know-how genannt. Hierzu zählen fehlende oder mangelhafte betriebswirtschaftliche Kenntnisse, übereilte Existenzgründungen ohne Inanspruchnahme der gegebenen Existenzgründungs-Beratungsmöglichkeiten und Existenzgründungs-Förderprogramme sowie eine unzureichende Eigenkapitalausstattung der Unternehmen.

Die Erfahrung zeigt, dass auch bei bereits länger bestehenden Unternehmen die Unternehmenskrisen oft hausgemacht sind. Häufig werden durch die Unternehmensführung potenzielle Risiken ignoriert oder mangels geeigneter Controlling-Instrumente überhaupt erst zu spät erkannt. Letztlich führen sie zu den klassischen Insolvenzantragsgründen wie Liquidität und Überschuldung.

6. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die Zahl der Konkurse zu senken?

Die Landesregierung trägt mit ihrer Wirtschaftsförderungspolitik dazu bei, Existenzgründer und Unternehmen im Lande auf die Herausforderungen der Zukunft so optimal wie möglich vorzubereiten. Gefördert wird zum Beispiel das Beratungsangebot bei den Kammern und Verbänden. Das Beratungsangebot hinsichtlich Technologietransfer und Förderprogrammen wird weiter optimiert. U.a. ist bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein, dem zentralen Förderinstitut des Landes, die Förderberatung "Wirtschaft" angesiedelt. Die Förderberatung berät wettbewerbsneutral und kostenlos über die optimalen Fördermöglichkeiten der Europäischen Union, des Bundes und des Landes.

Das Beratungsangebot hinsichtlich Technologietransfer und Förderprogramme wird weiter optimiert. So wird mit dem "WIN - Wirtschaftsinfo Nord" für alle Existenzgründer und Unternehmen eine Beratung aus einer Hand hinsichtlich Wirtschafts- und Technologieförderung, Technologietransfer und Innovationen realisiert. Das Kommunikationszentrum startet voraussichtlich bis Mitte 2001. Im Endstadium sollen dann alle relevanten Einrichtungen der Wirtschafts- und Technologieförderung unter einer gemeinsamen Anschrift und Telefonnummer erreichbar sein.

Zudem bieten die dem Lande nahestehenden Förderinstitute Investitionsbank, Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH in Kooperation mit und in Ergänzung der Förderkreditprogramme der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau weitere Förderprogramme an, um die mittelständisch geprägten Unternehmen am Standort Schleswig-Holstein zu fördern und weiter zu entwickeln.

Auch in konkreten Einzelfällen sind die Förderinstitute und das Land bemüht, die betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schäden durch eine Insolvenz möglichst zu vermeiden. Hilfestellungen können und dürfen jedoch nur im Rahmen der von der Europäischen Kommission vorgegebenen Leitlinien für Beihilfen an Unternehmen in Schwierigkeiten erfolgen, um weiterreichende negative Auswirkungen auf gesunde Unternehmen am Markt zu vermeiden. Strukturelle Veränderungen am Markt können und sollen nicht durch staatliche Hilfestellungen aufgehalten oder gar verhindert werden.